



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

und sechs Schilling kosten würde, es einzulösen. Ich bat ihn, jedenfalls zu schreiben und nachzufragen. Einige Tage später kam ein Brief aus Rotterdam; darin stand, daß ich ohne die Schiffsfracht dreiundachtzig Rubel (acht Pfund Sterling dreizehn Schilling) bezahlen müsse. Als ich das erfuhr, erschrak ich sehr und schrieb sofort an Kazelias: Warum behandeln Sie mich, als ob Sie ein Wegelagerer wären, und verlangen dreiundachtzig Rubel für Rückgabe meines Gepäcks, da Sie mir doch nur fünfundzwanzig Rubel darauf geliehen haben? Er antwortete: Schämen Sie sich, mir einen solchen Brief zu schreiben. Sind Sie nicht in meinem Hause gewesen und haben gesehen, daß ich ein rechtschaffner, ehrenhafter Jude bin? Schämen Sie sich! Solchen Leuten, wie Sie es sind, sollte man sich niemals gefällig erweisen. Denken Sie vielleicht, daß es viele so gute Menschen wie Kazelias in der Welt gibt? Ihr seid alle miteinander Dickköpfe. Ihr könnt keinen Brief lesen. Ich habe bloß vierundfünfzig Rubel auf das Gepäck genommen, und ich mußte dann noch etwas draufschlagen, weil ich Unkosten davon hatte, daß ich Ihnen nach London verhalf. Ich habe meinen Verlust berechnet und nur das genommen, was mir rechtmäßig zukommt. Ich zeigte Grumbach den Brief, und der schrieb noch einmal nach Rotterdam; man antwortete von dort, daß sie nichts von Kazelias wüßten, daß ich aber acht Pfund Sterling dreizehn Schilling bezahlen müßte, wenn ich mein Bündel wieder haben wollte. Gut, was konnte ich machen? Das Wetter wurde kälter. Daran, immer hungrig zu sein, hatten wir uns schon gewöhnt. Aber wir konnten doch die kalten Winternächte nicht auf dem nackten Fußboden und ohne Decken und Kissen verbringen! Ich schrieb noch einmal an Kazelias und erhielt diesmal überhaupt keine Antwort. Tag und Nacht lief ich umher und fragte um Rat, wie ich es anstellen solle, zu meinen Sachen zu kommen. Niemand konnte und wollte mir helfen.

(Fortsetzung folgt)



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

17. Mai 1908

(Das Kaiserpaar in Karlsruhe. Die Einweihung der Hohkönigsburg. Die Eröffnung des mecklenburgischen Reformlandtags. Die sächsische Wahlrechtsreform. Ausstände italienischer Landarbeiter. Dernburgs Reise nach Südafrika und die Solidarität der europäischen Mächte.)

In dieser Woche standen die heimischen Verhältnisse im Vordergrund des Interesses. Beim Besuche des Kaisers in Karlsruhe ist das alte schöne Verhältnis beider Höfe auch unter dem neuen Großherzog wieder erfreulich in die Erscheinung getreten, und dankbar hat der Kaiser des verstorbenen Großherzogs gedacht, dessen Verdienste um die Einigung Deutschlands niemals vergessen werden können. Die Kaiserin war vorher in Straßburg gewesen und hier mit einem Jubel empfangen worden, der weder gemacht noch erfunden sein kann, der vielmehr wohl beweist, daß die den neuen Verhältnissen noch widerstrebenden Kreise der „Französklinge“ nur in den höhern Schichten, den städtisch Gebildeten zu suchen sind. Hat sich doch auch bei der Einweihung der erneuerten Hohkönigsburg am 13. Mai, deren mächtige Ruinen die Gemeinde Schlettstadt dem Kaiser schenkte, ein fröhliches Volksfest mit all den bunten Trachten dieser Täler entwickelt, wie es nur irgendwo im innersten

Deutschland gefeiert werden konnte. Als die Wiedereroberung des Elsasses 1870 näher rückte, da mahnte Heinrich von Treitschke in seiner berühmten Flugschrift „Was fordern wir von Frankreich?“ gegenüber der verwelkenden Gegenwart des Landes wieder anzuknüpfen an die ungleich längere und bedeutendere deutsche Vergangenheit, all die starken und tiefen Geister zu rufen, die zwischen Vogesen und Rhein am deutschen Leben teilgenommen haben. Das hat der Kaiser getan, indem er die Hofkönigsburg weihte; er hat sie als ein Wahrzeichen deutscher Kultur und Macht hier im äußersten Westen des Reichs neben die Marienburg im Osten an der Weichsel gestellt, wie sie einst entstanden ist durch jenen Schwabenherzog Friedrich von Hohenstaufen, den Vater Kaiser Friedrich Barbarossas, der die Macht seines Geschlechts begründete. Der Hohenzoller sah dabei „die Zeiten mittelalterlicher Ritterherrlichkeit“ vor seinem geistigen Auge aufsteigen, wie sie dann das bunte Bild des historischen Festzuges lebhaftig vorführte, und er bestimmte die Burg zu einer Sammelstätte für elsässische Kulturgeschichte. Denselben historischen Sinn hat er bewiesen bei der Enthüllung des Denkmals seines orantischen Ahnherrn Wilhelms des Schweigers in Wiesbaden. Freilich gibt es Leute, die darin eine bedenkliche Romantik sehen, die in seinen Worten eine Hinneigung des Kaisers zu mittelalterlichen Ideen wittern. Es sind dieselben, die im Mittelalter, von dem sie nichts richtiges wissen, eine Zeit dumpfen Geistesdrucks und feudaler Knechtung des Bauernstandes sehen. Tatsächlich war das Mittelalter ein sehr lebendiges, trotz aller Asketik sinnenfreudiges Zeitalter, und die Knechtung des Bauernstandes hat erst das sechzehnte Jahrhundert, das erste der Neuzeit, vollendet; die Bauern, die den Osten jenseits der Elbe, der Saale und des Böhmerwaldes besiedelten und deutsch machten, die kamen als freie Männer, nicht als Hörige oder Leibeigene. Und eins hatte das Mittelalter vor der Gegenwart voraus: es hatte die Einheit der Weltanschauung, und darum hatte es Stil, zwei Güter, die wir in unsrer zerrissenen Zeit vermissen und entbehren bis zum Verzweifeln. Der Kaiser ist — das hat er hundertfach bewiesen — ein ganz moderner Mensch und gar kein Romantiker, aber er will den Zusammenhang mit der Vergangenheit nicht verlieren, aus der die Gegenwart und seine eigne Stellung erwachsen ist. Das englische Volk ist das konservativste der Welt, und es ist trotzdem oder deshalb zur ersten Weltmacht geworden.

Die feudale ständische Staatsordnung Mecklenburgs, die der am 12. Mai eröffnete „Reformlandtag“ durch eine neue, modern konstitutionelle Verfassung umgestalten soll, beruht wohl in ihren Grundlagen auf dem Mittelalter, ist aber ein Ergebnis erst der ständisch-territorialen Zeit, als der „Staat“ noch nichts weiter war als ein Bündel von fürstlichen Domänen, Rittergütern und Städten; der „Landesgrundgesetzliche Erbvergleich“, auf dem die gegenwärtige Verfassung beruht, stammt erst von 1755. In ihm ist ein Zustand, wie er anderwärts schon damals überwunden war oder wurde, gewissermaßen verfeinert und dadurch in immer stärkern Widerspruch geraten mit den Zuständen im übrigen Reiche, auch von dessen moderner Gesetzgebung nur hier und da durchbrochen worden, nachdem die liberale mecklenburgische Verfassung von 1848 in den Jahren der Reaktion wieder aufgehoben worden war. Aber eine alte, festgewurzelte Aristokratie reformiert sich selten von sich aus, und so hat auch hier ein monarchischer Wille den Anstoß geben müssen.

Die Revision des sächsischen Wahlrechts scheint auf einem toten Punkte angelangt zu sein; die Kommission hat die Gesetzentwurf der Regierung verworfen und ihr einen Vorschlag entgegengesetzt, der zwar ein Pluralsystem und eine Vermehrung der Wahlkreise (auf 96) enthält, aber die teilweise Ergänzung der Zweiten Kammer durch Wahlen der Selbstverwaltungskörper ausschließt; Graf Hohenthal hat dagegen

erklärt, daß die Regierung auf ihrem Standpunkte stehn bleibe. Wer wird nachgeben? Oder soll es doch zu einer Auflösung der Kammer oder gar zu einer Diktatorierung kommen?

In Italien ist es in mehreren Provinzen des Nordens (Parma und Piacenza) wie des Südens (Bari) zu ausgedehnten Arbeitseinstellungen der Landarbeiter gekommen, die besondere polizeiliche und militärische Vorsichtsmaßregeln veranlaßt haben. Die Führung liegt ja natürlich in den Händen der Sozialdemokratie, deren linker Flügel aber ist dort gänzlich dem Anarchismus verfallen, der in Italien nicht die unbedingte Souveränität des Individuums, sondern des Proletariats predigt, bis zur sogenannten „Sabotage“, d. h. der Zerstörung der Arbeitswerkzeuge, Maschinen u. a. m., also bis zur brutalsten zivilisierten Barbarei. Dagegen haben sich die Arbeitgeber, Pächter und Grundbesitzer zu festen Verbänden zusammengeschlossen. Da es sich gar nicht um eine Verbesserung in der Lage der Landarbeiter handelt, sondern um die Herrschaft des Proletariats, so steht hier lediglich eine Machtfrage zur Entscheidung, und nur eine feste Hand kann das Ärgste verhüten. Freilich steht bei irgendwelchen Konflikten mit der Polizei die italienische Presse größtenteils immer auf der Seite der Massen im Namen der „Freiheit“, schießt in etwaigen Verwundeten oder gar Toten nur die „Opfer“ polizeilicher Willkür, niemals Schuldige, und unterstützt die Regierung nicht, sondern lähmt sie.

In dieser Woche wird der Staatssekretär des Kolonialamts Dernburg seine auf fünf Monate berechnete Reise nach Südafrika antreten und zunächst nach Kapstadt gehn, um das holländisch-englische Südafrika zu studieren. Das ist der richtige Weg. Drei Zweige der germanischen Rasse beherrschen jetzt den Süden des Erdteils, Holländer, Briten und Deutsche. Daß sie den einheimischen Rassen gegenüber auf sich angewiesen sind, und daß sie also miteinander, nicht gegeneinander an dem großen, ihnen zugefallenen Kulturwerke arbeiten müssen, das ist ein Satz, der jetzt wohl allgemeine Anerkennung gefunden hat, und den auch Dernburg in London ausgesprochen hat, wo er zugleich das gute Wort geprägt hat: „Der Bau von Eisenbahnen bedeutet den Bau des afrikanischen Reichs.“ Diese Solidarität der Kulturvölker europäischer Gesittung hat einmal im Mittelalter bestanden, als die christlichen Nationen des Abendlands geschlossen gegen Heiden und Mohammedaner auftraten; seit dem sechzehnten Jahrhundert begann sie sich aufzulösen und verschwand endlich beinahe aus dem Bewußtsein. Heute ist Ostasien erwacht, und seitdem geht ein verstärktes Selbstbewußtsein auch durch Indien und die ganze Welt des Islams. Das spüren die Franzosen auch in Marokko, und bei einem Fehlschlag drüben dürfte der Funke auch nach Algier überschlagen. Denn man täusche sich nicht darüber: die Zivilisation mit Eisenbahnen, Fabriken, Waffen und Automobilen bringen wir den fremden Rassen, aber innerlich, in ihrer Kultur bleiben sie unverändert. Gegenüber diesem Zusammenstoß alter und mächtiger Kulturen erscheinen alle die heimischen Parteien- und Interessenkämpfe kleinlich und unbedeutend; sogar die alten europäischen Gegensätze verblasen, wo es sich um die Frage handelt, ob die weiße Rasse, ob die christliche Kultur ihren Vorrang in der Welt behaupten soll oder nicht; das Mahnwort unsers Kaisers lange vor der großen Entscheidung in Ostasien: „Völker Europas, waret eure heiligsten Güter!“ beginnt erst jetzt recht verstanden zu werden.

\*

Koloniale Rundschau

Berlin, 12. Mai 1908

Die koloniale Eisenbahnvorlage ist in der letzten Woche ohne weitere Erörterung angenommen worden, der Reichstag hatte nichts mehr daran zu erinnern. Wir haben mit unsrer Ansicht, daß die Vorlage, soweit sie Ostafrika betrifft, in der bewilligten Form bedenkliche Folgen zeitigen kann, nicht hinterm Berge

gehalten. Da sich die gegen die ostafrikanische Vorlage von vielen ernst zu nehmenden Seiten erhobnen Bedenken nicht auf vage Befürchtungen, sondern auf offensichtliche Tatsachen gründen, so wundern wir uns immerhin, daß sich im Reichstag neuerlich keine Stimme erhob. Freilich sind gerade die beiden „alten Afrikaner“ im Reichstag, von Liebert und Arning, als alte Zentralbahnfreunde bekannt, und es war seitens des Herrn von Liebert eine anerkennenswerte Selbstverleugnung, daß er wenigstens bei der ersten Lesung auf die Gefahr der Überflügelung durch die englische Konkurrenz im Süden Ostafrikas hinwies. Wir haben die hier in Betracht kommenden Verhältnisse schon ausreichend dargelegt, können uns also hier auf den Hinweis beschränken, daß die Frage auch einen ersten politischen Hintergrund hat. Das portugiesische Ostafrika ist völlig unter britischem Einfluß. Beira ist in Wirklichkeit eine englische Stadt, denn von dort geht schon jahrelang eine englische Bahn in das englische Hinterland (Anschluß an die Rhodesiabahn), dasselbe ist mit Lourenzo Marquez der Fall. Und ein großer Teil des Landes, namentlich auch das uns benachbarte Nyassagebiet, ist vorwiegend in Händen von englischen Konzessionsgesellschaften. Überlassen wir durch unsre Untätigkeit im Süden Ostafrikas den Engländern die Erschließung des Nyassagebiets durch Eisenbahnen, so stärken wir deren Einfluß und beschleunigen den Aufsaugungsprozeß. Erst vor wenigen Wochen wurde in maßgebenden englischen Blättern die Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes gefordert, falls sich die Unruhen in Lissabon wiederholen sollten. Wir denken, das ist deutlich genug!

Nichtsdestoweniger freuen auch wir uns über die unter Dach gebrachte Kolonialbahnvorlage, denn sie bedeutet für unsre Kolonien den Beginn großzügiger wirtschaftlicher Erschließungstätigkeit. Vor wenigen Jahren stritt man sich im Reichstag noch wegen hundert Kilometern Eisenbahn wochenlang herum, und nun sind rund 1500 Kilometer fast ohne Debatte bewilligt worden. Angesichts dieses Fortschritts, der die kühnsten Hoffnungen des verflossenen Jahres übertrifft, vertrauen wir, daß der Reichstag baldigt auch die erwähnten Lücken ausgleichen und die daraus entspringenden Befürchtungen und Verstimmungen beseitigen wird.

Dernburgs Fahrt nach Südwest ist mittlerweile mit einem Besuch in London eingeleitet worden, und unser Kolonialsekretär hatte sich der üblichen Ehrungen zu erfreuen. Aus den mehr oder minder unverbindlichen Begrüßungsreden klang das deutliche Bestreben heraus, den Vertreter unsrer kolonialen Interessen ein wenig einzuwickeln. Zugleich die dringende Ermahnung, sich die koloniale Praxis der Engländer zum Muster zu nehmen und die „gemeinsamen Interessen“ beider Völker in Südafrika nicht zu vergessen. Gewiß, wir haben gemeinsame Interessen, nur liegen sie auf einem andern Gebiete, als die Engländer meinen. Nach der ostafrikanischen Reise betonte Dernburg in bezug auf die „Nordbahn“, er halte es für falsch, der englischen Ugandabahn, die nun einmal den Viktoriassee erschließe, Konkurrenz zu machen. Für einen Kaufmann ein etwas merkwürdiger Standpunkt, den die Engländer in praxi noch nirgends vertreten haben, höchstens in der Richtung, daß sie sich beeilen, im Süden unsrer ostafrikanischen Kolonie dieselbe Situation zu schaffen und das deutsche Gebiet anzuzapfen, in der Erwartung, daß wir ihnen „loyalerweise“ auch hier keine Konkurrenz machen werden. So haben wir nicht gewettet, und wir können erwarten, daß Dernburg bei seinen Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen in Britisch-Südafrika jene wohl nur gedankenlos hingeworfne Bemerkung nicht in die Praxis umsetzt. Was wir in Afrika brauchen, ist eine freie aber anständige Konkurrenz, die wir, nebenbei bemerkt, immer hochgehalten haben. Die gemeinsamen Interessen liegen auf dem Gebiete der Eingebornenpolitik und der Solidarität aller Weißen in den Kolonien. In puncto Eingebornenpolitik wollen wir um Gottes willen nicht die

Engländer nachahmen, und mit der Solidarität war es, wie wir leider im südwestafrikanischen Aufstande spüren mußten, bei unsern Nachbarn nicht weit her. Wenn wir von den Engländern etwas lernen können, so ist es namentlich der ihnen eigne nationale Egoismus!

Man spricht wieder von dem Austausch der Walfischbai gegen den Caprivizipfel oder sonst etwas für die Engländer Wertvolles, das heißt, es ist wahrscheinlich, daß darüber in London oder in Kapstadt geredet wird, denn für die Engländer ist die Frage wichtig. Für sie ist dieser mitten im deutschen Gebiete liegende Hafen ein teures Vergnügen, das ihnen nie etwas einbringt. Für uns ist er ebenso wertlos und höchstens ein Schönheitsfehler auf der Karte. Wir haben das benachbarte Swakopmund mit teurem Geld zu unserm Ein- und Ausfuhrplatz gemacht, und wenn wir es aufgeben wollten, so wären viele Millionen verloren. Einen Austausch mit einem andern Gebiete, namentlich dem für uns wichtigen Caprivizipfel, ist die Walfischbai nicht wert, und Kauf durch Bargeld erst recht nicht. Das können wir voreist in Südwest besser verwenden. Später, wenn die Kolonie blüht und voll entwickelt ist, läßt sich vielleicht über Zugausgaben, wie die Beseitigung dieses Schönheitsfehlers, reden, aber das hat noch Zeit.

Doch zurück zu näherliegenden Dingen. Dernburgs Reise wird der Kolonie, wie ziemlich sicher anzunehmen ist, eine erneute Erweiterung ihres Eisenbahnnetzes bringen, und zwar vermutlich die allerdings dringend notwendige Süd-Nordbahn Windhuk—Keetmanshoop, die gewissermaßen das Rückgrat des künftigen Eisenbahnnetzes der Kolonie bildet. Denn das Ziel ist der Anschluß unsrer Querbahnen an das englisch-südafrikanische Bahnnetz und die Hereinziehung der uns benachbarten Gebiete in den Einfluß unsrer Bahnen. Die Voraussetzung für die Erreichung solcher Ziele ist natürlich eine vernünftige und bewegliche Tarifpolitik, die die Ausnutzung der Marktlage gestattet und der Nuzbarmachung des Landes in jeder Beziehung in die Hände arbeitet. Wenn aber zum Beispiel gegenwärtig eine Linie so hohe Frachten für Vieh, das Viefsache der andern Linien, verlangt, daß der Transport fast unmöglich ist, so ist dies eine Tarifpolitik, die dem Lande nichts nützt, sondern schadet, indem sie einen Produktionszweig in der Entwicklung hemmt. Dernburg wird sich diesen Fall näher ansehen müssen. Doch dies nur nebenbei.

An einer Reihe von Plätzen Südwests ist man unter Anleitung des eigens dazu hinausgesandten Oberbürgermeisters Dr. Külz dabei, die Grundlagen für die Einführung der Selbstverwaltung zu schaffen. Es spricht für den Gemeinsinn der Ansiedler, daß diese Bestrebungen, obwohl sie mit manchen unter den jetzigen Zeitläuften recht fühlbaren Opfern für diese verbunden sind, nur auf geringen Widerstand stoßen. Es ist anzunehmen, daß Dernburg drüben sein Augenmerk darauf richten wird, wie die Lage der jungen Kommunen im Anfang in finanzieller Hinsicht erleichtert werden kann.

Recht neugierig kann man sein, wie Dernburg der Eingebornenpolitik in Südwestafrika gegenübertritt wird. Soeben erst ist die Kriegsgefangenschaft der Hereros aufgehoben worden, und die in der letzten Rundschau erwähnten Eingebornenverordnungen gelten jetzt auch für sie. Dernburg macht nun kein Hehl daraus, daß er die durch diese Verordnungen charakterisierte Politik der festen Hand als ein Übergangsstadium betrachtet. Es kommt darauf an, für wie lange er sich dieses Übergangsstadium denkt. Aus wirtschaftlichen Gründen mag es praktisch sein, daß die Kriegsgefangenschaft aufgehoben worden ist, obwohl eine Reihe bandenmäßiger Widersektlichkeiten der Hereros eigentlich nicht sonderlich dazu ermutigt hat. Um so weniger darf aber daran gedacht werden, die von Herrn von Lindequist eingeführte scharfe Kontrolle vor einer Reihe von Jahren aufzuheben. Größerer Freiheiten müssen sich die Eingebornen erst durch mehrjähriges

Wohlverhalten und ernsthafte Mitarbeit an unsern wirtschaftlichen Bestrebungen würdig zeigen.

Hoffentlich wird es Dernburg bei seinem Besuch englischen Gebiets gelingen, den zunächstliegenden Mißstand zu beseitigen, nämlich jene „Geschäftsleute“ unschädlich zu machen, die durch Waffenschmuggel im Süden und Osten den Widerstand der Hottentotten nähren. Ein zweiter Punkt wäre die gegenseitige Sicherung des Eingebornenbestands, damit die Abwanderung der Hereros nach Transvaal aufhört.

Auszunehmen hiervon sind die Ovambos, die in steigender Zahl von Norden ins Hereroland herüber zur Arbeit kommen und ein sehr wertvolles Arbeitermaterial für die Kolonie darstellen. Darum muß auch vereinzelt hervortretenden Bestrebungen, die auf eine gewaltsame Unterwerfung dieses Stammes zielen, entschieden entgegengetreten werden. Wir können froh sein, wenn die Unterwerfung auf friedlichem Wege vor sich geht, und sollten uns hüten, die Leute zu vergrämen. Die Ovambos sind für uns zu wertvoll, als daß wir ohne Not eine kriegerische Auseinandersetzung heraufbeschwören sollten, die auch diesen Stamm unnötig dezimieren würde.

Nur wenn alle diese elementaren Gesichtspunkte beobachtet werden, ist die Gewähr geboten, daß sich die Kolonie, die am 1. Mai auf ein fünfundzwanzig-jähriges Bestehen seit Besitzergreifung durch Adolf Lüderitz und Heinrich Vogelzang zurückblicken kann, einer ungestörten Entwicklung erfreuen wird.

Das Verhältnis zwischen Dernburg und den Ostafrikanern scheint sich nicht bessern zu wollen. Auf beiden Seiten fallen immer noch harte Worte. Auf die offenen Briefe und Erklärungen der Pflanzler und Bergwerksunternehmer wollen wir nicht weiter eingehen, ebensowenig wie auf die schroffen Äußerungen Dernburgs: *peccatur intra muros et extra*. Dagegen möchten wir darauf hinweisen, daß verschiedene neue Maßnahmen der Regierung nicht geeignet sind, unsre Landsleute drüben milder zu stimmen.

Da ist zuerst die Einführung einer Gewerbesteuer, in der die davon mitbetroffenen Pflanzler eine Antwort der Regierung auf ihre Vorstöße sehen. Wohl mit Unrecht. Aber wir können nicht umhin, die Heranziehung gerade der Pflanzler zu dieser Steuer wenig glücklich und sachgemäß zu finden. Es ist an sich gewiß anerkennenswert, daß die Verwaltung der Kolonie sucht, ihre Einnahmen zu verbessern, um den ihr aus der gesteigerten Erschließungstätigkeit erwachsenden Aufgaben gerecht werden zu können. Voll entwickelte und gut rentierende Gewerbebetriebe mögen ruhig ihr Scherflein zu den Verwaltungsausgaben des Landes beitragen, das sie ernährt. Verirrt ist es aber, daß auch die Pflanzungen durch die Gewerbesteuer belastet werden. Auf dem Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion beruht vorläufig die Wirtschaft des Landes, und der Plantagenbetrieb ist das Rückgrat und der Lehrmeister für diesen Hauptproduktionszweig. Nur er vermag hervorragende Produkte auf den Markt zu bringen und durch fortlaufende Versuche die Erzeugungs- und Aufbereitungsmethoden zu verbessern und damit auch auf die Eingebornenkultur mit der Zeit veredelnd einzuwirken. Nun ist es eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Plantagenwirtschaft in Ostafrika kaum erst aus dem Stadium der Versuche herausgetreten ist. Viele Plantagen haben erst in den letzten Jahren unrentable Kulturen fallen lassen und aussichtsvollere eingeführt. Es scheint darum bedenklich, daß dieser sich noch in der Entwicklung befindende Erwerbszweig durch eine Gewerbesteuer nicht unwesentlich belastet wird, um so mehr als viele Pflanzungen noch gar keinen Reingewinn abwerfen und sich somit ihre Betriebsmittel durch die Steuer kürzen lassen müßten. Unseres Erachtens wäre es viel vernünftiger, vorläufig die Besteuerung der Eingebornen weiter auszubauen. Damit wäre dem Fiskus viel besser geholfen und außerdem der Erziehung der Neger zur Arbeit Voranschub geleistet.

Noch eine zweite Maßnahme der Regierung hat drüben böses Blut gemacht. Dernburg ist bekanntlich kein besonders begeisterter Freund der europäischen Besiedlung. Im Reichstag in die Enge getrieben gab er aber doch zu, daß die Regierung der Frage pflichtgemäß ihre Aufmerksamkeit schenken werde. Sie könne zwar vorläufig nicht dazu ermutigen, aber wer auf eigne Gefahr komme, solle willkommen sein. In der Praxis scheint man anders verfahren zu wollen, denn im Bezirk Muansa, der dank der englischen Ugandabahn die erforderlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen für europäische Besiedlung bietet, ist plötzlich durch das Gouvernement der Preis für Kronland verzehnfacht worden. Bei diesem Landpreis ist aber eine Besiedlung unmöglich. Wie reimt sich dies mit den Versprechungen des Staatssekretärs zusammen?

Da wir gerade bei der Besiedlungsfrage sind, noch ein paar Worte über die Russensiedlungen am Meruberg, die bekanntlich mit Hilfe der Wohlfahrtslotterie durch ein besonderes Komitee der Deutschen Kolonialgesellschaft ins Leben gerufen sind. Schon seit längerer Zeit munkelt man allerlei, daß dieses Unternehmen ziemlich verfehlt sei. Obwohl sich das Komitee im Organ der Gesellschaft sehr energisch gegen dieses Gerücht gewandt hat, wollen die Stimmen nicht verstummen, daß es mit den Deutschrussen am Meru nicht gut stehe. Und die in Tanga erscheinende Usambara-Post, ein sehr angesehenes Blatt, das eigentlich Bescheid wissen mußte, wußte wiederholt zu berichten, daß verschiedene Ansiedlerfamilien verlangen, in ihre Heimat, den Kaukasus zurückgesandt zu werden. In der letzten Nummer derselben Zeitung wird sogar berichtet, daß sich sämtliche russischen Ansiedler diesem Verlangen anschließen wollen. Wir wollen nicht weiter untersuchen, was an diesen Gerüchten ist. Aber es will uns scheinen, daß diese Russen, die so splendid von dem erwähnten Komitee unterstützt worden sind, nicht das geeignete Ansiedlermaterial für Deutsch-Ostafrika sind, und daß man mit dem schönen Gelde lieber reichsdeutsche Bauern hätte glücklich machen sollen. Wenn die Merusiedler absolut nicht zufriedenzustellen sind, so sollte man sie in Gottes Namen leichten Herzens ziehen lassen und auf unsre vielen deutschen Auswanderungslustigen zurückgreifen. Der Boden ist ihnen ja bereitet. Vielleicht nimmt sich die Regierung der Sache an und beweist ihren guten Willen durch Unterstützung des Siedlungsausschusses.

Zum Schluß möge noch des Grenzabkommens zwischen Kamerun und Französisch-Kongo in wirtschaftlicher Hinsicht gedacht werden, nachdem dieses im letzten „Reichs-Spiegel“ vom politischen Standpunkt beleuchtet worden ist. Es ist in der Presse lebhaft darüber gestritten worden, ob wir bei dem Abkommen gut abgeschnitten haben oder wieder die Hereingefallenen sind. Die Mehrheit neigt der letzten Ansicht zu, und nach den früheren Erfahrungen ist dies begreiflich. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß man ein solches Abkommen nicht rein mechanisch nach der Zahl der ausgetauschten Viertelkilometer beurteilen darf, sondern vom wirtschaftlichen Standpunkte aus. Und da muß man sagen, daß wir, soweit sich dies nach der Karte beurteilen läßt, unsern Besitz anscheinend sehr geschickt abgerundet und für uns wertlose, weil unkontrollierbare Gebiete gegen Landstriche eingetauscht haben, die vermöge ihrer Lage an natürlichen Verkehrsstraßen, Flüssen für die Nutzbarmachung der Kolonie sehr wertvoll sind. Im übrigen ist das Kopfszerbrechen ziemlich zwecklos, denn die volle Wahrheit wird erst die Zukunft lehren.

Zimmerhin kann nur noch darauf hingewiesen werden, daß wir von den andern Mächten kolonialpolitisch allmählich ernst genommen werden. Mit dem Übertölpeln in Grenz- und ähnlichen Fragen geht es nicht mehr so leicht. Dernburg hat in Südafrika Gelegenheit, diesen Eindruck noch zu vertiefen. Rudolf Wagner

